

### Die feindlichen Vilegerangriffe auf deutsche Städte und ihre Lehren.

Die neuen Vilegerangriffe auf eine Reihe offener Städte Westdeutschlands haben zwar keinen militärischen Schaden hervorgerufen, beweisen aber von neuem, wie stark die Notwendigkeit für Deutschland war, die Waffe der feindlichen Vileger möglichst weit zurückzudrücken. Gätten die Vileger der Entente heute die Maas, Dinte oder Belgien als Basis für ihre Angriffe, so müßte damit gerechnet werden, daß nicht nur der Westen Deutschlands, sondern auch das Herz des Landes den Bomben feindlicher Flugzeuge ausgesetzt wäre. Wie groß das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer nahegelegenen Basis auch beim Gegner ist, beweist die Daily News vom 26. September. Das Blatt schreibt über den Luftangriff vom 21. September: Was die geforderten Verteidigungsmaßnahmen anbelangt, so rechtfertigt nichts die Annahme, daß diese Erfolg haben werden, und ebenso wenig können Gründe für einen Vorschlag beigebracht werden, den jeder anständig denkende Mensch mit Abscheu von sich weisen wird. London muß sich damit abfinden, daß es ein unsehlbares Mittel gegen Luftangriffe augenblicklich nicht gibt. Die einzige Möglichkeit für eine wirksame Verteidigung liegt in dem Uebergang der belgischen Küste in unseren Besitz. — Aus demselben Grunde, aus dem England die flandrische Küste besitzen zu müssen glaubt, ist es für Deutschland eine unabweisbare Forderung der nationalen Selbstverteidigung, daß Belgien in Zukunft nicht mehr in die politische und militärische Abhängigkeit der Ententemächte gerät. (W. L. B.)

### Die Wirkung unserer Luftangriffe auf London.

Cho de Paris erfährt aus London, die Regierung habe dem König eine zeitweise Verlegung des kgl. Haushaltes aus London angetragen. Der König habe das Ersuchen in bestimmter Form zurückgewiesen, obwohl er sich der Gefahren bewußt sei, in die die verbrochenerischen (L) Luftangriffe auf London das Königreich verlegen. Petit Journal empfiehlt der englischen Regierung die Verlegung der Arsenalen, Munitionsfabriken und militärischen Sammelstellen aus London, um dadurch London zu einer offenen Stadt erklären zu können.

### Neue Schwierigkeiten in Polen.

Nach einer Meldung des Betschauer Dziennik Karobow wurden die von der Uebergangskommission des Staates vorgeschlagenen Kandidaten für den Regentenschatrat nicht bestätigt. Es fanden deshalb nach zweierlei Richtungen hin Besprechungen statt. Vor allen Dingen handelte es sich um die grundsätzliche, vom Regentenschatrat abzugebende Erklärung, welche die Uebereinstimmung der Politik der polnischen Regierung mit der Politik der Mittelmächte, sowie die Einstellung der Passivität gegenüber Rußland betreffen soll. Diese Erklärung stöße auf keine größeren Schwierigkeiten. Jüngst sollte eine Besprechung beider Generalgouverneure mit der Uebergangskommission über die Form dieser Erklärung stattgefunden haben. Es handelte sich darum, ob der Regentenschatrat sie in der Form eines Aufrufes an das Volk oder in der Form einer amtlichen Erklärung gegenüber den Regierungen bekanntgeben soll. Polnischerseits werde die erste Form vorgezogen.

### Der polnische Regentenschatrat.

Kraj meldet, daß bereits eine grundsätzliche Verständigung über den Regentenschatrat erzielt worden sei. Den Regentenschatrat würden bilden Czyszajski, Rafowski, Fürst Bismilaw Lubomirski, Graf Joseph Ostrowski. Als Minister würden fungieren: Fürst Alexander Drucki Lubeki, Graf Konstler, Kempicki, Ludwig Gorski, die Professoren Mikulowski, Pomorski, Nowalski, Barcewowski, General Piotrowski. Bei den Ministern sei eine Aenderung vielleicht noch möglich. Die amtliche Bekanntgabe erfolge wahrscheinlich in der kommenden Woche.

### Die Entscheidung über die russische Staatsform.

Daily Mail meldet aus Petersburg: Der Sonderausschuß des demokratischen Kongresses erwartet den Entschluß des Kongresses auf Proklamierung der russischen Staatsform vor dem Zusammentritt der russischen Konstituante.

### Kerenski für die Koalitionregierung.

Neuter meldet: Während der Besprechung des Wäros der demokratischen Konferenz erschien am Mittwochabend Kerenski und wies in einer Rede auf die Gefahren hin, die von einem rein sozialistischen Ministerium für die innere und die äußere Politik drohten. Er erklärte, daß nur eine Koalitionregierung das Land retten könne. Wenn ein anderer Beschluß gefaßt werden würde, so würde er sich ihm unterwerfen, aber seine Entlassung verlangen, um die Krisis nicht zu verlängern.

### Erlaogene enallische Erfolge gegen die Türken.

Amtlich wird gemeldet: In ihrem Bericht vom 3. Oktober behaupten die Engländer in den Kämpfen im Nordbrasilien sechs und zwölf Maschinengewehre erbeutet zu haben und erklären, 3300 Mann gefangen genommen zu haben, ferner 200 Offiziere und 600 Verwundete. Diese Behauptung ist falsch. Wie gewöhnlich streuen die Engländer solche Lügen aus, um die Niederlage weit zu machen die sie auf der deutschen Front erleiden. Auch in ihrem Bericht vom 20. September wird eine große Zahl Gefangener erwähnt, die in dem Abschnitt von Maan in Palästina gemacht worden sei. Aber diese Gefangenen waren in Wirklichkeit nur Insassen eines entgleitenen Zuges, und zwar Frauen und Kinder, die dann von den Rebellen gefangen genommen wurden. Die Engländer hatten nicht diese Gelegenheit verabsäumt, um der ganzen Welt einen neuen hervorragenden Erfolg zu verkünden. (W.L.B.)

### Drabnachrichten.

#### Neutrales Urteil über Churchills Rede.

Zu Churchills Rede schreibt Nya Dagligt Allehand: Worauf baut England seine vermessenen Ansprüche auf das Recht, in solchen Tönen zu sprechen? Darauf gibt Churchill folgende Antwort: Wir sind von allen unseren westlichen Alliierten am wenigsten erschöpft. Hier gesellt sich Grausamkeit und Uebermut. Es gibt nur einen schwachen Punkt in Churchills machtphilosophischer Beredsamkeit und der lautet: Obwohl es noch zu früh ist, zu sagen, daß die Wirkungen des U.Bootkrieges vollständig beseitigt sind, können wir trotzdem behaupten, daß demselben ernstlicher Schaden zugefügt wurde, können wir Neutralen aus der Tatsache schließen, daß diese weltbeherrschende Macht sich dazu erniedrigen muß, unsere armen kleinen Schiffe zu annektieren, die unsere letzte Hoffnung auf Rettung an der Hungergrenze sind.

**Es gibt nur einen Erfolg: den E n d erfolg!**

**Die siebente Kriegsanleihe soll ihn besiegeln. Nur nicht nachlassen, nicht müde werden in letzter Stunde! — Keinem deutschen Krieger wird es einfallen, plötzlich im entscheidenden Sturmangriff zurückzubleiben. Ebenso wenig darf jetzt zu Hause auch nur ein einziger mit seinem Gelde fehlen. Mit der siebenten Kriegsanleihe muß der Sieg im Wirtschaftskampf erfochten werden! Dann ist der Krieg gewonnen!**

**Darum zeichne!**

### Das zersetzende Element in der englischen Politik.

Die russische Zeitung ist mit der Abnischen Zeitung derselben Meinung, daß in der Rede Churchills das zersetzende Element der englischen Politik zum Ausdruck gekommen sei. Westminster Gazette verfuhr, zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Auslassung über den künftigen Frieden einen Widerspruch zu konstruieren und Oesterreich-Ungarn gegen Deutschland auszuspielen. Daß dieser Versuch hinfällig sei, und daß die beiden Regierungen in ihren Grundansatzungen übereinstimmen, sei aus den Ausführungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu der Rede des Grafen Czernin unabweislich hervorgegangen.

### Belangene Deutsche in der französischen Feuerzone.

Die französische Presse hat, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt, in der letzten Zeit häufig kritisch behauptet, daß entgegen den getroffenen Vereinbarungen Franzosen innerhalb der deutschen Zone von uns beschäftigt würden. Demgegenüber sind wieder eine Reihe von Zeugenaussagen bekannt geworden, welche bezeugen, daß gefangene deutsche Soldaten zu Arbeiten in der Feuerzone von den Franzosen gezwungen worden sind. Wegen dieser völkerrechtswidrigen Behandlung deutscher Gefangener hat die deutsche Regierung bei der französischen Regierung Beschwerde erhoben und verlangt, daß die Schuldigen bestraft werden, auch strenge Befehle erlassen werden, damit solche unerhörten Völkerrechtsverletzungen für die Zukunft ausgeschlossen sind. Falls innerhalb einer bestimmten Frist eine befriedigende Erklärung von der französischen Regierung nicht eintreffen sollte, wird die deutsche Regierung zu Vergeltungsmaßnahmen greifen.

### Die Friedensbewegung in Italien.

In der bevorstehenden italienischen Kammerstimmung wird laut Berliner Tageblatt außer dem Ministerpräsidenten Boselli auch der Minister des Auswärtigen Sonnino über Krieg und Frieden sprechen.

### Verhandlungen in Griechenland.

Die Agence Havas meldet aus Athen: Da Damrosch sich weigerte, zum Verhör vor der Parliamentskommission zu erscheinen, wurde seine Verhaftung angeordnet. Temps meldet aus Athen, daß auch Skuludis aus demselben Grunde verhaftet wurde.

### Südslawische Disposition.

Der parlamentarischen Korrespondenz zufolge, beschloß der südslawische Klub gegen das Budgetprovisorium zu stimmen und auch in allen anderen Angelegenheiten oppositionell vorzugehen.

### Dementi.

Petit Paristen meldet aus Washington: Ein Telegramm des Botschafters Argentiniens dementiert die Nachricht, daß eine Konferenz der lateinischen Republik zu Zweck Bildung einer wirtschaftlichen Liga zur Organisation der Blockade gegen Deutschland zu angetreten sei.

### Die Affäre Solo Pascha.

Solo Pascha bestritt in seinem ersten Verhör entschieden, jemals deutsches Geld bekommen zu haben. Die ihm von der Bank Morgan überwiesenen 10 Millionen seien durch ihn selbst von der kanadischen Staatsbank nach New York übermittleit worden; sie stellten den Gehalt aus großen Finanzoperationen dar.

### Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung der gestrigen (Freitags-) Sitzung standen zunächst kurze Fragen. Sodann folgte die zweite Beratung der Nachtragsforderungen zum Reichshaushalt. Es handelt sich besonders um die Stelle des Stellvertreters des Reichskanzlers und das neue Reichswirtschaftsamt.

Der Hauptausschuß hat beschlossen, die Stelle des Vizekanzlers nur bis zum 31. März 1919 zu bewilligen und im übrigen die Nachtragsforderungen anzunehmen.

### Reichskanzler Dr. Michaelis.

erscheint im Saale und nimmt sofort nach dem Berichterstatter das Wort. Er führt aus: Es ist nicht beabsichtigt, eine Zwischeninstanz zu schaffen zwischen dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter, insbesondere ist nicht beabsichtigt, ein Vorgesetztenverhältnis des Vizekanzlers zu konstruieren. Dem Stellvertreter des Reichskanzlers sollte lediglich allgemeine Befugnisse übertragen werden, die den Staatssekretären nicht übertragen sind. Der Reichstagsrat ist lediglich aus folgenden Erwägungen beantragt: Es hat sich während des Krieges eine weitreichende Verschiebung der Konsequenzen herausgebildet, die ihre Niederschläge findet in der Gründung neuer Ämter, wie des Kriegsernährungsamtes, des Kriegsammtes, der Kommission für die Uebergangswirtschaft. Eine einheitliche Leitung ist notwendig. Gewisse Richtlinien müssen gewahrt werden. Der Reichskanzler ist selbstverständlich nicht in der Lage, die Zentralisierung selbst in der Hand zu behalten, wie es nötig ist. Zu den eigenen Aufgaben kommt im Hinblick auf die Friedensverhandlungen ein solches Maß von neuen Aufgaben hinzu, die überhaupt nicht zu übersehen sind für denjenigen, der nicht damit strebt. Es wird einer zielbewußten Leitung bedürfen, um die gewaltigen Aufgaben zu bewältigen. Die Arbeit des Auswärtigen Amtes, des Kriegsammtes des Innern, der Obersten Meeresleitung, des Reichsschatzammtes usw. müssen in einer systematischen Leitung beim Reichskanzler zusammenlaufen. Es soll ein Stellvertreter eingesetzt werden, der frei ist von der Last eines Staatssekretariats im bisherigen Sinne. Einer zeitlichen Abgrenzung des Vizekanzlers vermag ich nicht zu widersprechen. Mit Ablauf von 1 oder 2 Jahren wird die Arbeit aber nicht beendet sein, deshalb halte ich es für korrekter, den Weg der Bewilligung durch einen Nachtragsrat zu beschreiten. Sollte die Bewilligung nur bis zum Ende des nächsten Jahres gehen, so kann ich mich trotzdem damit einverstanden erklären. Die Hauptsache ist, daß mir der Stellvertreter bewilligt wird. Ich arbeite streng und es heißt, daß der aber am besten gerüstet in die Verhandlungen eintritt, im Vorteil ist vor den anderen. Auch hier heißt es, daß bereit sein aller ist. (Beifall.)

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten: Dr. Daniel (Soz.), Herold (Ztr.), Dove (D. V.), Graf Westarp (Kons.), Graf v. Posadowsky-Wehner (D. V.), List (natl.), Stadthagen (unabh. Soz.) usw.

### Staatssekretär Graf Rüdern.

Der Reichstag ist nicht vor einer vollendeten Tatsache gestellt worden. Ein Eingriff in die Rechte einzelner Bundesstaaten liegt hier nicht vor. In der Sozialpolitik ist Deutschland zweifelsohne voranzugegangen, von einem immer langsam voran kann keine Rede sein. Nach dem Kriege darf nicht Halt gemacht werden. — Das Haus ging hierauf zur Abstimmung über. Der Nachtragsrat wurde nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die Resolution über Errichtung eines Reichsbauamtes wurde abgelehnt. Die Resolution über Errichtung eines Reichswahlfahrtsamtes wurde angenommen. Hierzu wurde der Entwurf einer vierten Ergänzung zur Verordnungsordnung in zweiter Lesung angenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichskanzler heute, Sonnabend, den eisathematischen Abgeordneten die Frage über die zukünftige politische Gestaltung der Reichslande beantworten. Die Antwort wird jedoch nicht in der Plenarsitzung des Reichstags, sondern in einer besonderen Zusammenkunft erfolgen.

### Industrie und Kriegsanleihe.

Der Verband sächsischer Industrieller richtet an seine Mitglieder zur 7. Kriegsanleihe nachstehende Aufruf: Es bedarf kaum vieler Worte, um dem deutschen Volke die hohe Bedeutung einer regen Beteiligung an der 7. Kriegsanleihe vor Augen zu führen. Das Wort vom Durchhalten hat, wie auf dem Gebiete der Ernährung und der militärischen Ausrüstung, insbesondere auf dem finanziellen Gebiete einen ganz besonderen Sinn. Es soll sagen, daß auch in der Erbringung der finanziellen Bedürfnisse dieses ungeheuer...